

BILDUNG

Panik vor Pisa

Die SPD-geführten Bildungsministerien richten sich auf vernichtende Ergebnisse beim Pisa-Ländervergleich ein. Zwei Wochen vor der geplanten Bekanntgabe der Testresultate über die Lese-, Mathematik- und Naturwissenschaftsleistungen der 15-Jährigen in Deutschland feilen die sozialdemokratisch regierten Bundesländer an einer „Erklärung zu den Ergebnissen von Pisa“, die Ende Juni veröffentlicht werden soll. Vorsorglich versuchen die Autoren des Entwurfs, das von ihnen erwartete Resultat des Vergleichs – SPD-Länder hinten, die unionsgeführten vorn – zu relativieren. Ein schlechter Platz auf der „Leistungstabelle“, heißt es in dem vorerst vertraulich zwischen Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Bremen abgestimmten Papier, könne „nicht automatisch als Aussage über die tatsächliche Leistungsfähigkeit eines Schulsystems eines Landes gewertet werden“. Wer schlecht abschneide, bauen die SPD-Bildungspolitiker vor, könne vielleicht gar nichts dafür, weil „bestimmte Entwicklungen in einzelnen Ländern auch mit denen in anderen zusammenhängen und einander bedingen“. Nicht auszuschließen wäre nach dieser



Schulklasse beim Biologieunterricht

Logik somit, dass in Wahrheit die Schulpolitik des bayerischen Unions-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber schuld an schlechten Leistungen von NRW-Schülern ist. Im Übrigen empfehlen die sozialdemokratischen Bildungsfunktionäre, den Pisa-Test, eine gemeinsame Veranstaltung von 32 Staaten auf Initiative der OECD, nicht allzu schwer zu nehmen: „Schule ist mehr als Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften.“



Rau (r.), Amtsvorgänger Herzog

ZUWANDERUNG

Herzog als Vorbild

Im Streit um das Zuwanderungsgesetz glauben Juristen des Bundespräsidialamtes eine Lösung gefunden zu haben, der zufolge Amtsinhaber Johannes Rau (SPD) die umstrittene Vorlage unterzeichnen könnte und ihrer Ansicht nach dennoch nicht angreifbar wäre. Das Modell hierfür haben Raus Berater von dessen CDU-Vorgänger Roman Herzog übernommen. Der hatte 1994 eine Änderung des Atomgesetzes unterschrieben, gegen die der damalige niedersächsi-

sche Ministerpräsident und heutige Kanzler Gerhard Schröder (SPD) politisch Sturm lief, weil der Bundesrat an der Gesetzgebung nicht beteiligt worden war. „Bei Abwägung aller Argumente“, schrieb Herzog damals, komme er zu dem Schluss, dass eine Zustimmungspflicht der Länderkammer nicht „zweifelsfrei und offenkundig“ erwiesen sei. „Es ist nicht Aufgabe des Bundespräsidenten, sondern Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, über solche Zweifelsfragen zu entscheiden.“ Genauso könnte nun Rau nach Auffassung seiner Juristen argumentieren: Da führende Verfassungsrechtler der Republik uneins darüber seien, ob das Zuwanderungsgesetz am 22. März im Bundesrat wirksam zu Stande gekommen sei, könne Rau unterzeichnen und zugleich auf die Karlsruher Richter verweisen. Ziehe die Union dann wie angekündigt vors Verfassungsgericht, könne der Präsident sagen, er selbst habe diesen Weg ja vorgeschlagen. Bislang hat Rau stets beteuert, er habe sich „noch nicht festgelegt“, ob er das Gesetz unterschreibe.

LANDWIRTSCHAFT

Schulterschluss der Ökos

Vertreter der großen Öko-Landbauverbände, der Bio-Lebensmittelverarbeiter und des Handels haben vergangenen Donnerstag in Berlin die Gründung eines „Bundes der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft“ beschlossen. Erst vor einem Jahr waren die Verbände „Bioland“ und „Demeter“ aus der „Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau“ ausgetreten und hatten damit die offizielle Zusammenarbeit der Öko-Landwirte beendet. Der neue Dachverband soll angesichts des Nitrofen-Skandals die Qualitätskontrolle bei Öko-Lebensmitteln sowie die Kommunikation mit Behörden und Verbrauchern verbessern. Auch die Öko-Kontrollure reagieren: Die Arbeitsgemeinschaft der Öko-Kontrollstellen will, dass Stichproben bei allen Bio-Produkten durchgeführt werden – bisher wurde nur bei Verdacht getestet. Die Kosten soll ein staatlicher Bio-Fonds tragen. Außerdem fordern die Kontrollure eine Zentralstelle gegen Bio-Betrug, um etwa Rückrufaktionen schneller organisieren zu können.

Verkauf von Bio-Produkten (bei Bamberg)

